

# wer MACHT meinung Medien und Integration

4. Tiroler Integrationsenquete  
3. Integrationstagung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino  
Dienstag, 19. November 2013, 9:30 bis 18:00 Uhr  
Innsbruck, Landhaus 1, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, Großer Saal

# Inhaltsverzeichnis

1. Programmübersicht.....	3
2. Vorträge.....	6
2.1 Einwanderung, Rassismus und die Medien.....	6
2.2 Rechtliche Rahmenbedingungen und ethische Standards.....	10
2.2.1 Der Österreichische Presserat und seine Regeln gegen Diskriminierungen .....	10
2.2.2 Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen aus der Sicht der Medien .....	17
2.2.3 Carta di Roma - eine Vereinbarung der Italienischen Journalistenkammer und des Presserates über sachliche Berichterstattung im Bereich Flucht und Migration.....	20
2.3 Wir sind viele. Wir sind Vielfalt – zur Diversitätskompetenz in einem großen Medienunternehmen .....	23
3. Gesprächskreise.....	24
3.1 Bilder und Klischees in Werbung und Berichterstattung .....	24
Text und Moderation: Dr. Helmut Sinn .....	24
3.2 MigrantInnen in der Kriminalberichterstattung.....	25
3.3 JournalistInnen mit Migrationsgeschichten in den Standardmedien .....	26
3.4 Richtlinien und ethische Standards .....	26
4. Die Carta di Roma.....	28
5. Kontaktdaten, Links und Downloads, Literatur:.....	30

## Vorwort

Die Grundhaltung der Bevölkerung, ihre Offenheit gegenüber Neuem ist zentral, um Fortschritte bei der Integration MIT Zugewanderten zu erzielen. Gerade bei einem emotionalisierten Thema wie Integration ist besonders bedeutsam, wer die öffentliche Meinung beeinflusst: die Medien, die Politik, der Stammtisch, die Wissenschaft, die Polizei? Die Rolle der Medien in diesem Feld ist unübersehbar – gleichzeitig wirken aber auch auf sie Rahmenbedingungen ein. PolitikerInnen erwarten eine Weitergabe ihrer Positionen, KonsumentInnen eine interessante Berichterstattung – oft ist die Bestärkung von Klischees dabei wichtiger als sachliche Genauigkeit. IntegrationsakteurInnen wollen aber genau diese sachliche Information und Öffentlichkeit für ihre Projekte und Anliegen. Für JournalistInnen zählen wiederum spannende Geschichten. In diesem Spannungsfeld können nicht alle Erwartungen erfüllt werden.

Unsere Enquete informiert AkteurInnen im Bereich der Medien und der Integration darüber, wie mediale Berichterstattung wirkt. Rechtliche und ethische Rahmenbedingungen sowie Möglichkeiten eines verantwortungsvollen Umgangs werden ebenfalls thematisiert. In Gesprächskreisen zwischen MedienmacherInnen und Menschen, die im Bereich Integration tätig sind, sollen jeweilige Rahmenbedingungen, Anliegen und Zugänge geklärt und Möglichkeiten einer konstruktiven Zusammenarbeit gefunden werden.



Die Veranstaltung wurde gemeinsam von Land Tirol, JUFF-Fachbereich Integration; EVTZ Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino; Stadt Innsbruck, MA III – Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration; Tiroler Integrationsforum; Haus der Begegnung und Initiative Minderheiten Tirol in Kooperation mit ORF-Landesstudio Tirol; Tiroler Tageszeitung und Bezirksblätter Tirol organisiert und durchgeführt.

Bei der Veranstaltung wurde in den Sprachen Deutsch und Italienisch simultan übersetzt.

## 1. Programmübersicht

Begrüßung und Einführung durch den Moderator Dr. Benedikt Saur, Mag. Johann Gstir, LRin Dr.<sup>in</sup> Christine Baur und StR Mag. Gerhard Fritz.



### Vorträge:

#### Einwanderung, Rassismus und die Medien

Dipl. Soz.-Wiss. Jens Zimmermann und MA Regina Wamper,  
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

Auch wenn die Medien in Deutschland und in Österreich nicht homogen und einheitlich sind, so müssen sie dennoch als die zentrale Vermittlungsinstanz von Wissen aufgefasst werden. In Bezug auf Einwanderungs- und Integrationsprozesse tragen sie eine spezifische Verantwortung. Die Art und Weise, wie über Migration gesprochen und gedacht wird, hängt nicht zuletzt auch davon ab, wie diese in den Medien verhandelt wird. Im Vortrag wird deshalb der Frage nachgegangen, auf welche Weise in den Medien rassistische Bilder und Klischees produziert werden. Dabei spielen Kollektivsymbole eine wichtige Rolle. Ihr Wirken und ihre Effekte sollen an exemplarischen Beispielen herausgearbeitet werden. Dabei wird auch der Frage nach Alternativen nachgegangen.

### Pause

#### Rechtliche Rahmenbedingungen und ethische Standards

Der Österreichische Presserrat und seine Regeln gegen Diskriminierungen

Prof. Paul Vécsei, Mitglied des Presserrates, leitender Redakteur der Wiener Zeitung

Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen aus der Sicht der Medien.

**Dr. Simon Tonini, Medienanwalt**

Carta di Roma - eine Vereinbarung der Italienischen Journalistenkammer und des Presserates über sachliche Berichterstattung im Bereich Flucht und Migration

**Enrico Paissan, Mitglied des Rats der italienischen Journalistenkammer**

## **Mittagspause – Buffet im Foyer**

## **Wir sind viele. Wir sind Vielfalt – zur Diversitätskompetenz in einem großen Medienunternehmen**

**Dr. Gualtiero Zambonini, Integrationsbeauftragter des Westdeutschen Rundfunks**

## **Gesprächskreise**

### **Bilder und Klischees in Werbung und Berichterstattung**

Dieser Gesprächskreis dient zur Vertiefung der Frage, welche Bilder und Klischees zu MigrantInnen in der Werbung und Berichterstattung vorherrschend sind und wie sie wirken. Ausgehend von einem praxisorientierten Zugang wird es vor allem darum gehen, Zuschreibungen und problematische Denkmuster zu erkennen und eine andere, nicht-diskriminierende Art und Weise der Darstellung zu finden.

### **MigrantInnen in der Kriminalitätsberichterstattung**

In der medialen Berichterstattung wird sehr oft insbesondere das Bild der gefährlichen und bedrohlichen „Fremden“ gezeichnet. Dadurch wird der Eindruck verstärkt, MigrantInnen seien besonders kriminell oder gewalttätig. In dem Gesprächskreis wird es um die Fragen gehen, wie solche Zuschreibungen entstehen und wie eine rassismuskritisch sensible und auf Vorurteile verzichtende Berichterstattung aussehen könnte.

### **JournalistInnen mit Migrationsgeschichten in den Standardmedien**

In vielen Medien sind MigrantInnen immer noch unterrepräsentiert und die Barrieren für eine journalistische Tätigkeit sehr hoch. Welche Erfahrungen dazu haben VertreterInnen aus dem Medienbereich und JournalistInnen mit Migrationsgeschichten? Welche Best-Practice-Beispiele können dazu beitragen, die Potentiale von Diversität bzw. Vielfalt anzuerkennen?

### **Richtlinien und ethische Standards in den Medien**

Wie Migration, MigrantInnen und Integration in den Medien zum Thema werden, hat sehr viel mit redaktionsinternen Haltungen, Vorgaben und Richtlinien zu tun. Auch der Umgang mit problematischen Leserbriefen, Kommentaren oder online-Postings wird unterschiedlich gehandhabt. Was motiviert überhaupt LeserInnen zu solchen rassistischen Aussagen? Wie wirken sich diese auf Betroffene aus? Welche Standards setzen hierbei unterschiedliche Medien, was darf nicht mehr veröffentlicht werden?

## **Podiumsdiskussion: Zukunftsperspektiven – zur Rolle der Medien im Integrationsprozess**

LRin Dr.<sup>in</sup> Christine Baur, StR Mag. Gerhard Fritz, Christoph Sailer (Chefredakteur ORF Tirol), Luis Vahrner (Chefredakteur Tiroler Tageszeitung), Sieghard Krabichler (Chefredakteur Bezirksblätter Ti-

rol), Enrico Paissan (Rat der italienischen Journalistenkammer) und Köksal Baltaci (Redakteur bei „Die Presse“, Gewinner des Journalistenpreises Integration 2013)

## 2. Vorträge

### 2.1 Einwanderung, Rassismus und die Medien

Dipl. Soz.-Wiss. Jens Zimmermann und MA Regina Wamper,

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung



Wenn wir nach diskriminierender Berichterstattung fragen, bzw. diese verhindern wollen, lohnt es, einen Blick auf Migrationsdiskurse zu werfen, also auf die mediale Darstellung von Migration und die Repräsentation von MigrantInnen, denn hier kann Rassismus in den Medien auftauchen.

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung untersucht seit mehr als 20 Jahren Migrationsdiskurse. Diese zeigen verschiedene Entwicklungen auf, verschiedene Intensitäten diskriminierender Berichterstattung.

Wir werden jetzt im Folgenden die Migrationsdiskurse seit den 1990er Jahren nachzeichnen und dabei auf verschiedene Problematiken im Hinblick auf Rassismus eingehen. Mit diesem kurzen historischen Abriss wollen wir zeigen, wie sich die Darstellung sowie das Reden und Schreiben über Migration und MigrantInnen verändert hat und dabei doch in seinen exkludierenden Effekten stets gleich geblieben ist. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die rassistischen Zuschreibungen und Effekte die typisch für den Migrationsdiskurs in der BRD waren und sind.

Zum Einstieg noch: Unter Rassismus wird wissenschaftlich recht konsensual der Mechanismus verstanden, der Menschen in unterschiedliche Rassen, Ethnien oder Kulturen unterteilt, diese Unterteilung bewertet und Menschen so anhand dieser Unterteilung Eigenschaften zuschreibt. Rassismus wird dabei aus einer machtvollen Perspektive formuliert. Rassismus hat immer etwas mit der Unterteilung in Wir und Die zu tun. In jeder Aussage über die anderen ist die Aussage über das Wir enthalten. Wenn beispielsweise gesagt wird, dass Muslime fundamentalistisch seien, heißt das immer auch: Wir sind das nicht!

#### Entwicklungen des Migrationsdiskurses

In den frühen 1990er Jahren wurden MigrantInnen hauptsächlich als Asylsuchende thematisiert, damals sagte man „Asylanten“. Gesellschaftlicher Kontext des Migrationsdiskurses waren die Brandanschläge und Morde an Flüchtlingen und eine hitzige, rassistisch aufgeladene Debatte um das Asylgesetz. Auch medial wurden rassistische Aussagen verbreitet. Unter der Verwendung von Kollektivsymboliken wurde das Bild vermittelt, dass durch Flüchtlinge die Grenze der Belastbarkeit erreicht sei. In der Presse, in der Öffentlichkeit wurde mit kollektivsymbolischen Begriffen wie „Asylantenschwemme“, „Scheinasylanten“, „Asylmissbrauch“, „Asylbetrüger“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ gegen Flüchtlinge agitiert. Deutschland sah sich von „Flüchtlingsströmen“ überrollt. Es wurde von „Flut“, „Wellen“ und „Dammbruch“ geschrieben. Um zu verstehen, wie solche Bilder, ob sie nun sprachlich oder bildlich vermittelt werden, wirken, ist es lohnend einen Blick auf die Theorie der Kollektivsymbole nach Jürgen Link zu werfen. Kollektivsymbole dienen dazu, „komplexe Zusammenhänge auf einfache, aber sehr wirkungsvolle, weil eingängige Weise darzustellen“. Diese Symbole werden von allen Mitgliedern einer Gesellschaft gelernt und verstanden. Mit Hilfe von Kollektivsymbolen

machen wir uns ein Bild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, deuten diese und bekommen sie durch die Medien gedeutet.

Für den inneren Bereich einer Gesellschaft stehen dabei Symbole, die unter anderem auf den menschlichen Körper („das Herz der Gesellschaft“) referieren. Für den Außenbereich stehen Bilder der Flut, der Katastrophe, des Chaos. Innere und äußere Feinde werden mit Ungeziefer, wilden Tieren oder Fäkalien beschrieben. Dadurch wird ihnen der Subjektstatus aberkannt – sie werden nicht als Individuen anerkannt. In der Tendenz wird durch Kollektivsymbolik das Eigene positiv, das Fremde negativ konnotiert. Kollektivsymbole enthalten generell eine ideologische Wertung. Als der damalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite meinte: „Sehen Sie, es muss Schluss sein, dass wir am Finger rumoperieren, sondern der Körper ist krank mit dem Problem Asylaufnahme in Deutschland“, dann kommen hier genau diese Bilder zum Ausdruck: Deutschland wird als organischer Körper dargestellt, Flüchtlinge als Krankheitserreger, die den Körper schwächen, krank machen. Die Flut-Metapher, in diesem Kontext die "Asylantenflut", wurde zum bestimmenden Symbol der Debatte um Flüchtlinge. Dieser Symbolkomplex war in der Presse ganz besonders häufig anzutreffen. Deutschland – als Boot dargestellt – sei voll, das Boot drohe durch die „Asylantenflut“ zu kentern. Das sind natürlich Bedrohungsszenarien, die hier vermittelt werden, Ängste werden dadurch produziert. Inhaltlich sind seit den 1990er Jahren verschiedene Verschränkungen des Migrationsdiskurses mit anderen zu beobachten, beispielsweise mit dem Sozialdiskurs, dem Kriminalitätsdiskurs, dem Diskurs zu Frauenrechten. Das heißt, Themen werden so eng miteinander verknüpft, dass sie permanent zusammen behandelt werden. In den frühen 1990er Jahren dominierte hier die Verschränkung mit dem Sozialdiskurs. Eine durchgängig negative Bewertung von MigrantInnen erfolgte durch die Stigmatisierung als soziale Last, durch die Behauptung des Asylmissbrauchs. Bevorstehe ein Crash des Sozialsystems - übrigens auch ein kollektivsymbolisches Bild. Das Thema Asyl wurde so permanent denormalisiert – Asyl wurde zum Synonym für eine von außen kommende Gefahr. Was gänzlich in der Berichterstattung fehlte war die Perspektive von Flüchtlingen selbst und die Thematisierung von Rassismus als Problem. Selbst nach den Angriffen in Rostock Lichtenhagen änderte sich das nur selten. Und wenn über Rassismus geredet wurde, wurde medial die These vertreten, MigrantInnen und Migration seien die Ursache von Rassismus. Wissenschaftlich haltbar ist das nicht.

Erst nach der Änderung des Artikels 16 Grundgesetz am 26.5.1993 fand eine mediale Normalisierung des Themas Asyl statt. Über die weiterhin stattfindenden Brandanschläge und Morde wurde sukzessive weniger berichtet. Und die Aussage, die durch das Bekanntwerden des NSU traurige Berühmtheit erlangte „Die Polizei vermutet keinen rechtsextremen Hintergrund“ findet nach Solingen diskursiven Einzug. Die Proteste in Solingen gegen Rassismus werden medial dem dortigen Brandanschlag gleichgesetzt. Nun wird ‚alle Gewalt‘ in Deutschland verurteilt. Damit ist ein Übergang eingeläutet. MigrantInnen gelten nicht mehr als soziale Belastung, sondern als Gefahr für die innere Sicherheit. Von 1993 bis 1998 wurde – schon bei der Berichterstattung über Solingen erkennbar – die innere Sicherheit und das Stigma der „Ausländerkriminalität“ zur Begründung der ablehnenden Haltung gegenüber MigrantInnen. Kritische Stimmen beanstandeten in diesem Zusammenhang häufig die ethnische Markierung von vermeintlichen Straftätern in der Berichterstattung. Werde bei nicht-Deutschen ihre Staatszugehörigkeit benannt, bei Deutschen aber nicht, so entstehe in der Öffentlichkeit ein Bild, das Kriminalität in einen Zusammenhang mit Ethnie oder Staatszugehörigkeit stelle. Für diese Annahme allerdings gibt es wissenschaftlich keinen einzigen triftigen Grund. Die Verkoppelung mit dem Sozialdiskurs, die vor der Asylrechtsänderung so massiv war, wurde von dieser neuen Diskursverschränkung zurückgedrängt. 1997 eskalierte die Debatte um die innere Sicherheit. Grund war die Studie „Verlockender Fundamentalismus“ über Integration, Fundamentalismus und Gewaltbereitschaft bei türkischen Jugendlichen.

Diese Diskursverschränkung von Migration und Kriminalität, die sich Mitte der 1990er Jahre entwickelte, war nach heutigem Kenntnisstand handlungsleitend für die ErmittlerInnen und auch die Presseberichterstattung zu den NSU Morden, die zur Tatzeit ja als Fälle von „Ausländerkriminalität“ gewertet wurden. Die Folgen waren fatal. Sechs Jahre lang konnte ein neonazistisches Netzwerk in Deutschland unerkannt Morde durchführen. Die einzigen, die dies thematisierten, waren Hinterblie-

bene der Ermordeten und migrantische Communities. Deren Stimmen kamen aber in der bundesdeutschen Presse nicht vor. Spätestens ab 2001 wurde der Migrationsdiskurs häufig als Islamdiskurs weitergeführt, oftmals verschränkt mit dem Terrorismus-Diskurs. Der Islam wurde zum Feindbild stilisiert. In diesem Themenfeld wurden massive Denormalisierungsängste und Bedrohungsgefühle suggeriert. Die Bedrohung, die zunächst einmal als von außen kommend beschrieben wurde, wurde schnell zur Bedrohung der deutschen Gesellschaft auch im Innen. Die Rede war hier von Islamisierung durch Zuwanderung. Moslems und Muslima wurde so generell unter einen Fundamentalismus-Verdacht gestellt. Schon bald konnte ein Großteil der Presse nicht mehr unterscheiden, zwischen Laizisten, gläubigen Muslimen, religiösen Fundamentalisten, auch Islamisten genannt und Terroristen. Ein wichtiges diskursives Ereignis nach 2001 war der sogenannte Karikaturenstreit, die Diskussionen um die Mohammed-Karikaturen, die 2005 in einer rechten dänischen Zeitung abgedruckt wurden. Die Karikaturen umfassen beispielsweise Zeichnungen von Mohammed, der eine Bombe statt eines Turbans auf seinem Kopf trägt, von Karikaturisten, die im Heimlichen den Propheten zeichnen, von Mohammed, der Attentäter mit dem Argument bremst, ihm seien die Jungfrauen ausgegangen, von Mohammed mit Schwert, umrahmt von zwei verschleierten Frauen. 2006 erregten diese Karikaturen mit einiger Verspätung weltweites Aufsehen. JournalistInnen der Zeitung selbst hatten dänische Imame über die Karikaturen informiert, nachdem zunächst eine Reaktion ausgeblieben war. Es fanden weltweite Proteste statt. In Deutschland entfaltete der sogenannte Karikaturenstreit Wirkungen weit über das eigentliche Thema hinaus. In der medialen Berichterstattung wurden Muslime und Muslima überwiegend als rückständig, fanatisch und bedrohlich dargestellt. Die ‚islamische Welt‘ galt in diesem Diskurs als Außen, die ‚christlich-westliche Welt‘ als zu schützendes Innen. Muslime und Muslima im Inneren erschienen in dieser Vorstellung als eine Einbruchstelle des Außen. Auch kollektivsymbolisch wurden diese Stereotype vermittelt: Bilder von brennenden Fahnen und Gewalt verstärkten das Bedrohungsszenario, sie suggerierten einen ‚Flächenbrand‘. Die Meinungsfreiheit wurde als sakralisiertes Gut des Westens charakterisiert, gegen das sich der religiöse islamische Fanatismus angeblich richte. In linken Zeitungen, die zum Karikaturenstreit berichteten, wurde die Kritik an den Karikaturen häufig mit der Verletzung ‚religiöser Gefühle‘ begründet. Diese Argumentation birgt aber ebenso rassistische Setzungen. In diesem Fall wird davon ausgegangen, dass Muslime und Muslima weniger toleranzfähig seien als andere Menschen. Die diskursive Formierung von kollektivistischen Subjekten, von *dem Westen* und *dem Christentum* als aufgeklärt und *dem Islam* als fanatisch, schreibt sich innerhalb dieser Argumentationslinie fort.

Die zweite zentrale Debatte in den 2000ern war die um das Kopftuch. Der Migrationsdiskurs, oder eher der Islamdiskurs wurde in der Kopftuchdebatten mit dem zu Frauenrechten verschränkt. Um kaum ein anderes Bekleidungsstück ist in Deutschland und nicht nur in Deutschland so gestritten worden, wie um das Kopftuch – allerdings nur um das, welches muslimische Frauen tragen. Das Kopftuch gilt als sichtbares Zeichen von Fremdheit und wird – in der Regel von denen, die es nicht tragen – als Symbol für die Unterdrückung von Frauen im Islam gesehen. Die „Betroffenen“ kommen bei dem ganzen Thema nicht oder nur selten zu Wort. Muslimische Frauen gelten dabei durchweg als passiv. Diese Verschränkung beschreibt Margarete Jäger als Ethnisierung des Sexismus. Unterstellte sexistische Einstellungen werden als Merkmale einer bestimmten Kultur aufgefasst. Im Gegensatz zu anderen Stigmatisierungen arbeitet dieses Vorurteil mit einer positiv besetzten Norm: Der Gleichberechtigung der Frauen. So werden binäre Reduktionismen erzeugt: Entweder man ist für das Kopftuch (also gegen Gleichberechtigung) oder man ist gegen das Kopftuch (also für Gleichberechtigung). Ein dritter, vierter oder fünfter Standpunkt, eine Differenzierung ist nicht vorgesehen. Die muslimische Unterdrückung der Frau wird der westlichen Modernität, der angeblich vollzogenen Emanzipation binär gegenüber gestellt. Die Bilder und inhaltlichen Verknüpfungen, die mit Migration in Zusammenhang gebracht werden, und die oftmals rassistische Wirkungen haben, verschwinden nicht einfach. Wenn wir Entwicklungen im Migrationsdiskurs darstellen, heißt das nicht, dass Bilder, die in den 1990er Jahren vorherrschten, heute nicht mehr aufgerufen werden.

Das Thema Flucht steht auch heute wieder auf der Tagesordnung. Im Zusammenhang mit Lampedusa wird von Fluten, Wellen und einem Ansturm gesprochen. Es sind ähnliche bedrohliche Bilder, die

aufgerufen werden. Ein weiteres Thema, das aktuell den Migrationsdiskurs bestimmt, ist die Einwanderung von EU-BürgerInnen aus Rumänien und Bulgarien. In Duisburg agitieren AnwohnerInnen seit Monaten gegen ein vorwiegend von Roma bewohntes Haus. In einer Facebook-Gruppe, die zu dem Zweck eingerichtet wurde, dass die AnwohnerInnen ihre Meinungen formulieren können, war unter anderem zu lesen: „Abbrennen soll mann die Bude“. In der regionalen Presse wird Rassismus kaum thematisiert. Wenn er thematisiert wird, dann als Reaktion auf das Verhalten von denen, gegen die er sich richtet. Diese Verknüpfung ist dazu geeignet, Rassismus als Ausdruck des Missfallens zu verharmlosen. Nach diesem parforce-Ritt durch den Migrationsdiskurs der letzten gut 20 Jahre stellt sich nun die Frage, wie es JournalistInnen und Medien besser machen sollten – also wie eine nicht-diskriminierende Darstellung von Migration und MigrantInnen aussehen kann. Die Frage lässt sich dabei nicht allein damit beantworten, dass ein Katalog von Begriffen aufgestellt wird, die nicht mehr verwendet werden sollen, da sie offensichtlich diskriminierenden Charakter haben. Eine begriffssensiblere journalistische Arbeit wäre hier sicherlich ein Anfang. Allerdings ist es damit nicht getan. Vielmehr sollten sich JournalistInnen aber ihrer spezifischen Position in der Gesellschaft bewusst sein. Wirklichkeit wird gedeutet und nicht erkannt. Und an den Deutungsprozessen sind Medien in besonders gewichtiger Form beteiligt. Aus einer kritischen Haltung heraus ginge es darum, alternative Deutungsangebote zu formulieren, in dem zum Beispiel MigrantInnen selber sprechen können und Rassismus als *Alltagsbedrohung* von MigrantInnen aufgenommen wird statt ihn in die extreme Rechte zu externalisieren.

Zu einer reflexiven Medienpraxis gehört aus unserer Sicht auch, dass sich JournalistInnen beim Schreiben Fragen stellen:

Wessen Perspektive kommt vor und wessen nicht?

Welche Ängste werden thematisiert und welche nicht?

Wer gehört zum „Wir“ und wer nicht?

Wer ist sichtbar und wer bleibt unsichtbar?

Wer darf für sich selbst sprechen und über wen wird gesprochen?

Rassistische Effekte der Berichterstattung würden sich in einem ersten Schritt schon dann realisieren lassen, wenn ethnische oder kulturelle Markierungen, wie zum Beispiel in der Verknüpfung von Migration und Kriminalität, unterlassen werden. JournalistInnen müssen sich, aufgrund ihrer exponierten Position in der Gesellschaft, selbst die Frage stellen, inwieweit sie und in welcher Form und mit welchen Effekten sie am Migrationsdiskurs mitschreiben. Einen neutralen Standpunkt der Berichterstattung kann es aus dieser Perspektive freilich nicht geben.

## 2.2 Rechtliche Rahmenbedingungen und ethische Standards

### 2.2.1 Der Österreichische Presserat und seine Regeln gegen Diskriminierungen

**Prof. Paul Vécsei, Mitglied des Presserates, leitender Redakteur der Wiener Zeitung**



#### Der Presserat und sein Regelwerk gegen Diskriminierungen

##### Was ist der Österreichische Presserat?

- Organ der Selbstkontrolle der Medien
- Zusammenschluss auf freiwilliger Basis
- Brancheninterne „Disziplinar“- Einrichtung
- Kein Gericht
- Keine staatliche Einrichtung
- Ein Verein (getragen von je drei Arbeitgeber-, und Journalisten-Organisationen)

##### Geschichte der Presseräte

- 1916: Schweden
- 1927: Finnland
- 1928: Norwegen
- 1953: British Press Council
  - unter Regierungsdruck
  - wurde Vorreiter für Westeuropa
- 1956: Deutschland
  - Gewerkschaft/Verleger setzen gemeinsame Aktion
  - drohende Regierungsreglementierung
- 1961/62: Österreich
  - 2013: 42 Länder mit Presse- und Medienräten bei „Alliance of Independent Press Councils of Europe“  
([www.aipce.net](http://www.aipce.net))

##### Warum Selbstkontrolle?

- Pressefreiheit vs. staatliche Kontrolle
- Selbstregulierung vs. Staatsregulierung (aktuell: Großbritannien)
- Um in eigenen Reihen selbst „auf Ordnung schauen“
- Glaubwürdigkeit (beim Eintreten gegen jede staatliche Medienregulierung)

### **Merkmale der Selbstkontrolle:**

- Selbst auferlegte Kriterien der Branche
- Pressefreiheit ist dabei höchstes Gut
- Ethik reicht vielfach weiter als Recht  
(z. B. bei pauschalen Diskriminierungen)

### **Selbstkontrolle hat andere Spielregeln als der Staat!**

- Staaten setzen mit Gesetzen Interessen durch, welche die Selbstkontrolle oft weder verfolgt noch gutheißt
- „Staatsräson“ gegen Pressefreiheit
  - Amtsgeheimnis
  - Allzu strenge Mediengesetze
  - Zensur, Militärzensur
  - Wikileaks
  - Edward Snowden/NSA

### **Kontrolle durch den Presserat**

- Einhaltung der Berufspflichten
- Misstände im Pressewesen beseitigen
- Ansehen der Presse wahren
- Pressefreiheit schützen
- Ungehinderten Zugang zu Nachrichten und Freiheit der Verbreitung der Medien sichern
- Interessen der Presse vertreten gegenüber Gesetzgebung, Verwaltung und Öffentlichkeit

### **Aufgaben des Presserates**

- Wahrung der „Anstandsregeln“ bei „periodischen Druckschriften“ lt. Mediengesetz
  - Ehrenkodex der österreichischen Presse
  - Verfahrensordnung, früher Geschäftsordnung
- Presserat beschließt und überwacht diese
- Vergabe eines Signets „Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet“ bei Abgabe einer Verpflichtungserklärung

### **Was steht im Ehrenkodex der Österreichischen Presse?**

- Die „11 Gebote“ beginnen mit ...
- Präambel
  - Freiheit bedingt Verantwortung
  - Appell an die Führungskräfte (insbesondere an Chefredakteure)

- Regelung des Signets

### **Die Anstandsregeln im Kodex:**

- 1) Freiheit
- 2) Genauigkeit
- 3) Unterscheidbarkeit (Bericht/Kommentar, Fotomontage)
- 4) Keine Einflussnahmen (Geschenkannahmen, wirtschaftl. Interessen)
- 5) Persönlichkeitsschutz (Diskriminierungsverbote)
- 6) Schutz der Intimsphäre
- 7) Verbot unlauterer Materialbeschaffung
- 8) Redaktionelle Spezialbereiche (Reise, Auto, Gastronomie)
- 9) Regelung zu „Öffentlichem Interesse“
- 10) Trennung privater und geschäftlicher Interessen von Medienmitarbeitern (mit Annex zur Finanzberichterstattung)
- 11) Suizidberichterstattung

### **Diskriminierungsverbot**

- „Persönlichkeitsschutz“ (Pkt. 5)
  - 5.4.: „Pauschalverdächtigungen und Pauschalverunglimpfungen von Personen und Personengruppen sind unter allen Umständen zu vermeiden.“
  - 5.5.: „Jede Diskriminierung aus rassistischen, religiösen, nationalen, sexuellen oder sonstigen Gründen ist unzulässig.“

### **Reform der Spielregeln**

- Änderungen im Ehrenkodex 2012:
  - Investigativer Journalismus (Pkt. 7.3)
  - Regeln für Finanzberichterstattung bereits im Ehrenkodex Pkt.10 mit Annex (FMA forderte Regelung aufgrund von EU-Bestimmungen)
  - Suizidberichterstattung (Pkt. 11)

### **Warum ist ein paritätischer Presserat wichtig?**

- Ungeteilte Verantwortung der Branchenvertretung
- Ethik ist nicht nur Sache einer Seite
- Vertretungen müssen demokratisch legitimiert sein
- Sie müssen die Branche repräsentieren
- Deutsches Vorbild und intern. Muster
- Schweizer Modell und Erfahrungen

### **Wieso gab es von 2002-2010 keinen Presserat?**

- Weil der Verlegerverband (VÖZ) seine Mitgliedschaft mit Juni 2002 aufkündigte
- Gewerkschaft und Presseclub Concordia hielten die Einrichtung notdürftig am Leben: „Es darf ohne Alternative keine presseratslose Zeit geben“
- Unterhandlungen blieben jahrelang ergebnislos

### **Exodus der Herausgeber 2002**

- Überraschende Entscheidung ohne Vorankündigung gegenüber den Partnern in den Weihnachtsferien 2001
- Abweichen von sozialpartnerschaftl. Usancen
- Zunächst keine (Verhandlungs-)Bereitschaft den bestehenden Presserat gemeinsam weiter zu entwickeln – vorerst ausschließlich auf Basis einer völlig neuen, geänderter Zusammensetzung („Verlegerpresserat“)

### **Vermutete Hintergründe 2002**

- Langer Konflikt der „Krone“ mit Presserat
- Verlegerpresserat: „Entwurf stammt aus der Krone“ (Titel eines Artikels im „Standard“ 2002)
- Später entsteht ein „Chefredakteursmodell“ in Abwandlung dieses Vorschlages
- „Muss sich die Krone dem Presserat anpassen oder der Presserat den Interessen der Krone?“

### **Der „Krone-Konflikt“**

- Seit Reimann-Serie „Juden in Österreich“
- Gar nicht so viele Beschwerden (zwischen 10 und 20%)
- Aber besonders spektakuläre Fälle
- Höhepunkt 1997 Fuchs-Titelblatt
  - Millionenklage durch 3 Instanzen
  - Internationales Aufsehen
  - Ohne Rechtsschutz, viel persönlicher Mut
- Temelin 2002

### **Warum wurden Ideen für Verleger-Presserat bekämpft?**

- Ob Verleger- oder Chefredakteurs-Rat:
  - Was kommt wohl beispielsweise heraus, wenn (seinerzeit) Dichand, Falk und Fellner oder (heute) ihre Nachfolger im trauten Kreis unter sich und allein über Ethik im Journalismus oder den Ehrenkodex entscheiden?
  - Das wäre so, als ob man durch BP oder Shell das Klimaschutzabkommen überwachen ließe!
  - Niemand kann sich ein Ethikmonopol arrogieren.
- Verlegerpresserat gibt es in keiner westlichen Demokratie

## **Widerstand der Journalisten**

- Eine Art Disziplinargericht für alle können nicht nur die Verleger ausüben!
- Gewerkschaft kann Verlegern Regelung des Ehrenkodex nicht überlassen, weil:
  - Bestandteil des Kollektivvertrages
  - Bestandteil von Dienstverträgen
  - Im Rang einer ORF-Dienstanweisung

## **Wem fehlte der Presserat?**

- Branche (Fall Kampusch, Fritzl, etc.)
- Lesern
- Führenden österreichischen Journalisten
- Auslandspresse und -korrespondenten
- Kommunikationswissenschaft
- Autoren des Lage-Berichts zum Journalismus
- OSZE-Medienbeauftragten
- Internationalen Vereinigung der Presseräte
- Internationalen Journalistenföderation
- Zeitschriftenverband
- Presseclub Concordia
- Journalistenvertretung
- Verlegern
- Politik, Verwaltung und Gesetzgebern, FMA
- Der Öffentlichkeit/Der Bürgergesellschaft/Beschwerdeführern

## **Reformideen vor 2010**

- Richter in den Presserat
- Leservertreter (NL, Minnesota 50%)
- Verpflichtende Frauenquote
- Professionelle Medienbeobachtung
- Deutsches Vorbild (öff. Finanzierung)
- Länderübergreifende Kooperation
- Europaweite Zusammenarbeit

## **Durchbruch und Bedenken**

- „Sideletter“ der Gewerkschaft 2010
1. Gewerkschaft geht trotz Bedenken auf Kompromiss ein, um Neustart des Presserats zu ermöglichen.

2. Sie hält aber Kritikpunkte öffentlich fest: Der Rechtsverzicht für Beschwerdeführer sei bedenklich und mache neuen Presserat „zahnlos“
3. Nach einem Jahr sollte es eine „Evaluierung“ der Reform geben, Frist wurde inzw. Verlängert

### Trägerorganisationen neu 2010

- Journalistengewerkschaft      5 Vertreter
- Presseclub Concordia          1 Vertreter
- Verein der Chefredakteure      1 Vertreter
- VÖZ (Zeitungshrsg.)          5 Vertreter
- VZÖ (Zeitschriftenhrsg.)      1 Vertreter
- VRM (Verb. d. Regionalmedien  
=Gratiszeitungen)              1 Vertreter

### Organe Presserates Neu

- Trägerverein/Mitgliederversammlung (14 Mitglieder für 2 Jahre, mit Altersbegrenzung 70)
  - Gütesiegel („Signetvergabe“)
  - Austrittsregeln (Jahresende/12 Monate im Vorhinein)
  - Neuaufnahmen (mit ¾-Mehrheit erweiterbar)
  - Wahl der Organe (Aufzählung nachfolgend),
  - Einsetzung von Ausschüssen
  - Verfahrensordnung, Geschäftsordnung und Ehrenkodex
  - Budget
  - Statutenänderungen
- Präsidium (= Präsident Oscar Bronner, Vize Franz Bauer und Geschäftsführer Alexander Warzilek)
  - Jahresvoranschlag, Personalfragen, etc.
  - Geschäftsführung (Mag. Alexander Warzilek bereits bestellt für 5 Jahre)
  - Laufende „Geschäfte“,
  - Leitungsentscheidungen,
  - Administration und Organisation,
  - Protokollführung
- zumindest zwei Beschwerdesenate (je 7 Mitglieder + 4 Ersatzmitglieder für 3 Jahre)
  - Vorsitz: Jurist mit zumindest 5 Jahren Berufserfahrung
  - Aber in jedem Senat gibt es ein journalistischen „Sprecher“,
  - Behandlung der Beschwerden
  - „Funktionärsverbot“ (Spitzen der Trägerverbände dürfen keine Senatsmitglieder werden)

- Der „Österreichische Presserat“ (=Vollversammlung beider Senate)
  - Vorschläge für Ehrenkodex-Änderungen
  - Tätigkeitsbericht
  - (mit Verpflichtung, auf Stand d. Pressefreiheit und Fragen d. Einhaltung d. Ehrenkodex einzugehen)
  - Rechnungsprüfer (2 Kontrolloren für vier Jahre)
- Schiedsgericht (3 Vertreter der Mitgliedervers.)
- Ombudsman-Gremium (bestellt für drei Jahre:)
 

Dr. Hubert Feichtlbauer, Elisabeth Horvath, Mag. Oliver Schopf

  - „Hilfsorgan“ zur Vermittlung und Sondierung im Vorfeld und während der Beschwerdebehandlung
  - Ein oder mehrere Personen mit 5 Jahren Erfahrung in einem Medienberuf

### **Beschwerdeverfahren**

Ein Beschwerdeführer muss

- individuell betroffen sein,
- sowie Rechtsverzicht leisten.
- Medium muss Entscheid veröffentlichen(falls Verpflichtungserklärung vorliegt!)

### **Selbständiges Verfahren**

- aufgrund einer Lesermitteilung
- oder eigenständig durch Senat (ohne Eingabe von außen)
- Keine verpflichtende Veröffentlichung!

### **Schwächen des Presserat ALT**

- „Zahnlosigkeit“, da es keine Sanktionen gab
- Autorität der Trägerorganisation gegenüber ihren Mitgliedern bestimmte den Rückhalt (VÖZ konnte bei Krone nichts durchsetzen)
- Schwerfälligkei bei Strukturreformen, wegen Zwang zu Konsens und 2/3-Beschlüssen
- Kein professionelle Ausstattung/Organisation für Medienbeobachtung, Öffentlichkeitsarbeit, etc.

### **Schwächen des Presserat NEU**

- Beschwerdeführer muss Klagsverzicht leisten – ein auch bei Juristen (s. Berka) umstrittenes Unikum!
- Enge juristische Formvorschriften im Verfahren (ausführliche Schriftform) = erschwert Laienzugang
- Keine Leservertreter

- Juristen als Vorsitzende (ist streng genommen keine Selbstregulierung)
- Geschäftsordnung ist „schreibtischkonzipiert“ und manchmal praxisfern (Vertretungsregelung)
- Fast alle alten Schwächen bleiben aufrecht!

### **Stärken des Presserates**

- Konsens sichert Übereinstimmung in zentralen Ethikfragen
- Erzieherische Wirkung
- Langzeitwirkung
- Sprüche des Presserates beeinflussen brancheninternes Prestige
- Es gibt keine Alternative selbst zu einer unzureichenden Selbstkontrolle

## 2.2.2 Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen aus der Sicht der Medien

### **Dr. Simon Tonini, Medienanwalt**



### **Medien**

- Macht der Medien - was ist ein Medium?
- Recht definiert weiten Medienbegriff
  - Nicht auf Zeitungen, Radio und Internet beschränkt
  - Medien: Einrichtungen, die sich zur Verbreitung von Informationen in Wort, Schrift, Ton oder Bild technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen

### **Medien sind z.B.**

- Zeitungen, Zeitschriften, Bücher
- Internetseiten, Teletext
- Rundfunk
- Fernsehen
- Datenträger

- Flugblätter etc.
- Einfluss der Medien auf gesellschaftspolitische Fragen
  - geht also über Zeitungen, TV, Rundfunk und Internet hinaus
  - z.B. auch Mittel der Wahlwerbung (z.B. Plakate) sind Medien iSd MedienG
  - Ebenso Plattformen, die audiovisuelle Inhalte zur Verfügung stellen

### Massenmedien

- Medienrecht:
  - Viele Bereiche (MedienG; AMD-G; ORF-G; PrR-G; StGB; ABGB; UrhG; Art 10, Art 8 MRK)
- Mediale Bereiche der Massenmedien:
  - Redaktionelle Berichterstattung

vornehmlich im Verantwortungsbereich des Medienunternehmens

  - Werbung

vornehmlich im Verantwortungsbereich des Werbenden

### Redaktion

- Bei medialer Berichterstattung:
  - Hinweise auf Migrationshintergrund / Abstammung oder Herkunft häufig anzutreffen
  - Insbesondere im Bereich der Kriminalberichterstattung
  - z.B. unlängst „Haftstrafe für rabiaten Türken“
- Prägend für Bild in der Öffentlichkeit
- Spannungsverhältnis zwischen Informations- und Pressefreiheit (Art 10 MRK) und anderen geschützten Rechtsgütern
- Persönlichkeitsschutz
  - Ehre, guter Ruf, Privatsphäre, Anonymitätsinteressen, Unschuldsvermutung
- Medienrecht ist „neutral“
- Schutzbereich des Medienrechts ist unabhängig von Herkunft oder Abstammung
- Schutz bezieht sich auf einzelne durch eine mediale Äußerung Betroffene
  - Persönlichkeitsschutz (Ehre, guter Ruf, Privatsphäre, Anonymitätsinteressen, Unschuldsvermutung)
- Unüberschaubare Kollektive => nicht „beleidigungsfähig“; Ausnahme: Verhetzung
- Das Medienrecht enthält keine spezifischen Bestimmungen über die Verwertung von Informationen über Abstammung oder Herkunft
- Derartige Parameter sind mitunter relevant für die Betroffenheit einer bestimmten Person durch eine mediale Äußerung
- Es gelten die „allgemeinen“ Normen, die Diskriminierung verbieten (z.B. GIBG; EGVG)
- Verwertung von Informationen über Abstammung oder Herkunft etc

- Nicht automatisch „verboten“
- Informationszweck?
- Öffentliches Interesse?

### **Verhetzung**

- Gruppe muss bestimmbar (daher nicht pauschal „Ausländer“) sein
- Verhetzung für mediale Mitteilungen relevant => öffentliche Äußerung
- Ziel:
  - Hintanhaltung von „Fremdenfeindlichkeit“
  - Gewährleistung des öffentlichen Friedens
  - Schutz der Menschenwürde

### **EGVG**

- Spezialtatbestand: Art IX Abs1 Z 3 EGVG
  - Verwaltungsübertretung
- Bei Diskriminierung von Personen auf Grund
  - ihrer Hautfarbe,
  - ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft,
  - des religiösen Bekenntnisses etc.

### **Werbung**

- § 13 ORF-G; § 31 AMD-G verbieten Diskriminierung von Personen insbesondere wegen
  - ihrer Hautfarbe,
  - ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft,
  - des religiösen Bekenntnisses etc.
- Ethik-Kodex; Werbung darf niemanden
  - mittelbar oder unmittelbar diskriminieren oder Diskriminierung fördern, insbesondere aus Gründen
  - der ethnischen Zugehörigkeit oder Herkunft,
  - der Hautfarbe,
  - der sozialen Herkunft

### **Zusammenfassung**

- Zusammenfassend:
- Medienrecht
  - Persönlichkeitsschutz
  - Interessenabwägung / Informationsbedürfnis

- Neutral im Bereich der Redaktion
- Es gelten aber die „allgemeinen“ Normen, die Diskriminierung verbieten

### 2.2.3 Carta di Roma - eine Vereinbarung der Italienischen Journalistenkammer und des Presbyterates über sachliche Berichterstattung im Bereich Flucht und Migration

#### **Enrico Paissan, Mitglied des Rats der italienischen Journalistenkammer**



*CHARTA VON ROM: 13. Juni 2008 Verhaltensprotokoll betreffend Asylwerbende, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und Migranten. Nationaler Rat der Journalistenkammer, Italienische Journalistengewerkschaft, Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge*

Ich möchte mich zuallererst bei den Veranstaltern für die Möglichkeit bedanken, den Standpunkt der italienischen Journalistenkammer in einer Frage zu erläutern, die mehr denn je in

diesen turbulenten Zeiten das Zusammenführen aller Kräfte, Ideen und – ich getraue mich auch zu sagen – aller Frauen und Männer guten Willens erfordert, um ohne Vorurteile, Gemeinplätze und Emotionalität einen praktikablen, demokratisch fundierten und solidarischen Lösungsweg für ein Problem zu finden, das nicht eines unter vielen, sondern vielleicht „DAS“ Problem der modernen Gesellschaft darstellt. Es ist bemerkenswert, dass die Gelegenheit dafür im Rahmen der fruchtbringenden Zusammenarbeit des EVTZ, der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino, entstanden ist, die ein Erfolgsmodell für all jene „kleinen Heimaten“ im Europa der vielen Minderheiten und Besonderheiten darstellt, die danach streben, anachronistische und überholte geografische, geschichtliche und ideelle Grenzen zu überwinden. Die Geschichte der Menschheit ist bereits seit ihrem Ursprung auch eine Geschichte der Migration manchmal einhergehend mit Gewalttätigkeit, doch meistens ein friedlicher Prozess, der dazu beigetragen hat, das vielschichtige und komplexe Panorama unserer modernen Gesellschaften zu formen. Doch nie zuvor erschien die Frage der Gastfreundlichkeit, der Integration und vor allem des Zusammenlebens unterschiedlicher Menschen derart schwierig.

Ich denke dabei insbesondere an das Schicksal des italienischen Volks, seiner Auswanderer, die auf allen Kontinenten der Erde verteilt leben. Es wird gerechnet, dass außerhalb der Staatsgrenzen ebenso viele Menschen italienischer Abstammung leben wie innerhalb. Ich möchte diesbezüglich an die Migrationswelle am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhundert erinnern, bei der Tausende arbeitssuchende Trentiner nach Österreich, insbesondere nach Vorarlberg auswanderten, wobei hervorzuheben ist, dass damals ein Reichsbürger den gesamten Kontinent bereisen konnte, ohne Reisedokumente vorweisen zu müssen, gewissermaßen wie es heute für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union möglich ist. Von diesem außerordentlichen Umstand ist leider in der kollektiven Erinnerung der Bevölkerung nahezu keine Spur verblieben. Wie ich vorher angedeutet habe, muss Italien heute einen der bisher stärksten Migrationsflüsse bewältigen, bei dem mittellose und verarmte Völker aus dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten – eines trotz der trügerischen durch den sogenannten „arabischen Frühling“ erweckten Hoffnungen der endemisch konfliktreichsten Gebiete auf der ganzen Welt – ins reiche Europa streben. Ein Problem, das wurde nicht nur verspätet, son-

den auch in widersprüchlicher Weise außerhalb einer jeglichen europäischen Dimension in Angriff genommen wurde, als ob es um eine rein inneritalienische Frage ginge. Man gab vor, nicht davon Kenntnis zu haben, dass für einen Großteil der Migranten, die auf den italienischen Küsten an Land gehen, eigentlich ein anderes europäisches Land das Ziel war und ist. Die Widersprüche ergeben sich jedoch auch weitgehend aus der derzeitigen Lage, der Wirtschaftskrise und dem Aufkommen von Bewegungen und Parteien, die die Integration offenkundig ablehnen, was in Italien zum Beispiel den Erlass von derzeit noch rechtsgültigen, jedoch nicht streng angewandten Gesetzen zur Folge hatte, welche widerwärtige Maßnahmen gegenüber Menschen vorsehen, die dem Krieg und der Not entfliehen möchten. Man denke nur an die Politik, die die Flüchtlinge ins Meer abweisen und an die abscheuliche Absurdität jene Fischer, die den führungslos im Meer treibenden Flüchtlingsbooten Hilfe leisten, wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung anzuklagen. Darin besteht auch die Ursache für das Drama von Lampedusa, welches nur das letzte, das schwerwiegendste Ereignis einer ganzen Reihe ist, die das Mittelmeer in den vergangenen Jahren zur Grabstätte für über 15.000 Frauen, Männern und Kindern gemacht hat.

Wer im Bereich der Kommunikation tätig ist, konnte diese – wie gesagt – mit Verspätung angegangene Frage nicht ignorieren. Eine Verspätung, die zum Teil auch auf die Besonderheit Italiens zurückzuführen ist, wo der „reine“ Verleger – nämlich im ursprünglichen Sinne der angelsächsischen und deutschsprachigen Länder – ein Unternehmer, der die Verlagstätigkeit genauso wie eine andere beliebige wirtschaftliche Tätigkeit betreibt, historisch kaum existiert. In Wirklichkeit sind die wichtigsten Verlagsgruppen hier direkter Ausdruck verschiedener Interessenbereiche. Man denke zum Beispiel an die Turiner Tageszeitung „La Stampa“, die nicht im Besitz der Fiat, sondern die Finanzgesellschaft der Familie Agnelli ist, oder an die Tageszeitung „Corriere della Sera“, die als sogenannte „gute Stube“ des italienischen Großunternehmertums gilt. Sie sind nur einige Beispiele des kleinen Kreises des italienischen Familienkapitalismus, um nicht vom Fernseh- und Verlagsimperium der Mediaset/Mondadorigruppe zu sprechen. All diese Bereiche sind besonders wichtig für das politische Gleichgewicht und vor allem für die Interessen der Regierenden. Es ist mir durchaus bewusst, dass die meisten Anwesenden hier mit den schwer nachvollziehbaren italienischen Angelegenheiten nicht gerade vertraut sind, doch ich kann versichern, dass gerade diese zentral sind, um Italien und im Besonderen seine Einwanderungspolitik besser zu verstehen. Mit dieser Sachlage mussten sich nämlich die Fachorganisationen der Journalisten, die Journalistenkammer und die Journalistengewerkschaft, auseinandersetzen, um das dramatische Phänomen der Masseneinwanderung in unser Land unter dem Gesichtspunkt der Kommunikation anzugehen. Ihr Einsatz ist gewissermaßen als ideelle, moralische und politische Kampagne dafür zu betrachten, dass jedem Menschen gleiche Rechte und gleiche Würde zugesichert werden. Ein Kampf, bei dem sich die italienischen Journalisten unter heiklen Bedingungen bereits seit langer Zeit messen. Das Problem der Migranten ist auch mit der besonderen Lage in den süditalienischen Regionen (Sizilien, Apulien, Kalabrien, Kampanien) verbunden; sie sind wirtschaftlich rückständig, von der räuberischen Vorherrschaft der organisierten Kriminalität zusätzlich ausgeplündert, vom Staat und seinen demokratischen Organen vernachlässigt. Trotz dieser Ausgangsbedingungen hat sich die Bevölkerung außerordentlich solidarisch gezeigt. Wie kann man die Szenen des vergangenen Sommers vergessen, als die Touristen auf den Stränden von Kalabrien und Sizilien Menschenketten gebildet haben, um Frauen, Männer und Kinder aus den Flüchtlingsbooten zu retten. Diese sind die Hintergründe, die erklären und aufzeigen, wie dieses erste Ziel erreicht werden konnte: die deontologische Ethik, die die ersten Früchte gebracht hat. Der widerwärtige, in der Vergangenheit häufig verwendete Begriff „ILLEGALER“ ist aus dem Wortschatz der Zeitungen und Nachrichtensendungen fast verschwunden. Doch der Weg in die Richtung einer Anerkennung gleicher Würde und gleicher Rechte für alle Menschen ist noch weit.

Die Charta von Rom ist ein Deontologie- und Verhaltenskodex, an dem sich jeder, der hauptberuflich im Informationswesen tätig ist bzw. der in den Medien mitarbeitet, jedoch einen anderen Beruf ausübt, halten muss. Die Charta enthält ethische Spielregeln, die sämtliche Journalisten einhalten müssen. Sie werden insbesondere unter Z. 1), 2), 3) und 4) der Charta von Rom zusammenfassend wiedergegeben. Um die Bedeutung und die Tragweite dieses Verhaltenskodex zu verstehen, muss darauf

hingewiesen werden, dass die Situation der Berufsgruppe der Journalisten in Italien sich vom restlichen Europa deutlich unterscheidet. Italien ist das einzige europäische Land, in dem der Journalistenberuf durch eine gesetzlich errichtete Berufskammer geregelt wird (wobei das Gesetz über 50 Jahre alt ist und von Grund auf zu reformieren wäre; ein Vorhaben, an dem wir derzeit intensiv arbeiten). Es handelt sich dabei um eine der Aufsicht des Justizministeriums unterliegende Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Journalistenkammer regelt nicht nur den Zugang zum Beruf durch strenge Zugangsvoraussetzungen, die auch ein Staatsexamen vorsehen, sondern befasst sich auch mit eventuellen Verletzungen des vorgenannten Gesetzes bzw. der Verhaltenskodizes und kann Strafen erlassen, die auch eine vorübergehende Enthebung oder in gravierenden Fällen, die Streichung des angeklagten Journalisten vom Berufsregister zur Folge haben, welcher demnach den Beruf nicht mehr ausüben darf. Aus diesen Gründen ist die Charta von Rom nicht lediglich eine Empfehlung, sozusagen eine „moral suasion“, sondern ist eine regelrechte deontologische, berufliche Norm. Ein Verstoß dagegen bringt schwerwiegende Folgen für das berufliche Leben mit sich.

Ist also in der Beziehung zwischen Information und Berichterstattung über Migranten und Flüchtlingen in Italien alles in Ordnung? Leider nicht, auf der Ebene der Weiterbildung bleibt noch viel Arbeit, bis alle italienischen Journalisten in der Lage sind, in Bezug auf solche heiklen Themenkreise eine einschneidende Rolle beim Herausbilden einer demokratisch reifen, sachkundigen öffentlichen Meinung einzunehmen. Die Gefahr einer Involution, einer kulturellen Rückentwicklung besteht und ist durchaus nicht auszuschließen, wie die jüngsten Wahlerfolge europa- und fremdenfeindlicher Bewegungen in Holland, Großbritannien, Frankreich und selbst in Italien beweisen. Die Stunde der Wahrheit naht bereits. In wenigen Monaten, im nächsten Frühjahr werden mehrere Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen und das Europäische Parlament neu wählen. Die Europawahlen werden – unabhängig von der Frage, welche reelle Macht diese Institution besitzt – eine klare politische Bedeutung haben. Es werden sich zwei unterschiedliche Perspektiven eröffnen: Entweder Europa, das sich derzeit in der schwersten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg befindet, wiegt sich in der fadenscheinigen Illusion, sich in eine Art EUROPÄISCHE FESTUNG einschließen zu können, mit anderen Worten, Europa entscheidet – entgegen den Lehren der Geschichte –, dass es eigenständig ist und seinen autarken Weg in einer Welt finden kann, in der alles mit allem zusammenhängt, oder – und ich glaube, alle Anwesenden teilen mit mir diesen Wunsch – es wird fähig sein, seiner Geschichte, seiner Zivilisation, seinem unermesslichen gemeinsamen kulturellen Erbe, seiner moralischen Pflicht gerecht zu werden und eine entscheidende Rolle bei der Schaffung einer gerechteren Welt einnehmen, in der sämtliche Diskriminierungen überwunden werden.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Europa der nächsten Zukunft, auch von der Art und Weise abhängen wird, in der die Medien handeln. Der Informationswelt steht die vielleicht schwierigste Herausforderung dieser Zeit bevor.

## 2.3 Wir sind viele. Wir sind Vielfalt – zur Diversitätskompetenz in einem großen Medienunternehmen

Dr. Gualtiero Zambonini, Integrationsbeauftragter des Westdeutschen Rundfunks



Im vergangenen Juni hat der WDR im Kölner Funkhaus unter dem Motto, wir sind viele wir sind Vielfalt, ein rundes Jubiläum gefeiert: 10 Jahre Integrationsbeauftragter. Uns ging es dabei, mit den Protagonisten dieser zehnjährigen WDR Geschichte Bilanz zu ziehen, das Erreichte zu feiern und uns über die künftigen Herausforderungen auszutauschen. Die Integrationsoffensive des WDR startete vor zehn Jahre fast zeitgleich mit der Integrationsoffensive des Landes NRW. Wir haben als WDR diese Offensive begleitet und uns dabei eigene Ziele gesetzt: Wir wollten, dass sich die tiefgreifenden Veränderungen

in unserem Sendegebiet in Zusammenhang mit Migration und Integration nicht nur in unseren Fachredaktionen, sondern auch in den Sendungen der massenattraktiven Programmen, in den Strukturen und in der Personalentwicklung unseres Senders widerspiegeln. Dies war der Perspektivenwechsel, bei dem uns auch die Befunde der Medienforschung später bestätigten.

Menschen aus Einwandererfamilien leben nicht in medialen Ghettos, dies auch das Fazit der ARD/ZDF Studie 2012. Die Allermeisten von Ihnen nutzen regelmäßig deutschsprachige Medien und stellen einen wachsenden Teil des deutschsprachigen Publikums dar. Tendenz steigend. Jedes dritte Kind in Deutschland – so das Statistische Bundesamt – stammt heute aus einer Einwandererfamilie. In Großstädten jedes zweite. Die Verjüngstrategie der Programme, die heute für die öffentlichen Sender von zentraler Bedeutung ist, muss sich deshalb auf Publikumswandel einstellen und Lebenswelten von jungen Menschen aus Einwandererfamilien, das Lebensgefühl urbaner Stadtgesellschaften und ihre Vielfalt kreativ abbilden und einbinden. Uns geht als WDR letztendlich um die Gestaltung von Vielfalt als Lebenswirklichkeit und Programmnormalität. Mit dem ganztägigen Hörfunkprogramm, Funkhaus Europa hatten wir bereits vor vierzehn Jahren ein wichtiges Fundament auf diesem Weg gelegt. Die kosmopolitische Welle, in Deutsch und 16 anderen Sprachen, ist heute eine etablierte Radioadresse im WDR. Die Einzige dieser Art deutschland und europaweit. Aber nicht nur der Nachwuchs für Funkhaus Europa ist uns wichtig sondern auch die Gewinnung von mehr Medienschaffenden mit Zuwanderungsgeschichte für das massenattraktive Programm. Beide Ziele sind miteinander verknüpft. Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit liegt deshalb in der Aus und Fortbildung: Migration und Integration sind Kernthemen der gesellschaftlichen Entwicklung, die neue Fachkompetenzen erfordern. Deshalb treten wir als WDR für die interkulturelle Kompetenzerweiterung im Journalismusberuf generell, unabhängig von der ethnischen Herkunft der Medienschaffenden. Seit 2012 erproben wir auch im Programmvolontariat das programmbezogene Erlernen von interkultureller Kompetenz. Begriffe wie „Integration“ und „Migrationshintergrund“ werden dort kritisch hinterfragt. Auch die Macht der Bilder und der Klischees im eigenen Kopf werden anhand von Programmbeispielen reflektiert. Ähnliches findet bei dem jährlichen Modul „Vielfalt“ in unserer Führungskräftebildung statt. Ein Ausbildungsprojekt, das sich speziell an junge Medienschaffende aus Zuwandererfamilien richtet, ist die journalistische Talentwerkstatt „WDR grenzenlos“. Seit 2005 fördert der WDR mit dieser Initiative die Ausbildung junger Menschen, die die Vielfalt der Mentalitäten und Lebensstile einer Einwanderungsgesellschaft verkörpern. Seit 2005 absolvierten 76 junge Frauen und Männer bei „WDR grenzenlos“ eine vierwöchige Hospitanz in verschiedenen Bereichen des WDR

und besuchten drei Wochen lang journalistische und produktionstechnische Grundlagenseminare. Insgesamt haben zehn der Grenzenlos-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer der vergangenen 8 Jahre den Sprung ins Volontariat geschafft. Etwa 80% der bisherigen Grenzenloser arbeiten nach wie vor als freie JournalistInnen und Journalisten und Medienschaffende für den WDR.

### **3. Gesprächskreise**

#### **3.1 Bilder und Klischees in Werbung und Berichterstattung**

**Text und Moderation: Dr. Helmut Sinn**

##### **Themenbereiche:**

Sport und Kultur sind Bereiche, die die Menschen vereinnahmen und leichter ein Wir-Gefühl entstehen lassen. Die Berichterstattung über Personen mit Migrationshintergrund im Sport ist demnach eine ganz andere als z.B. in der Kriminalberichterstattung. Der Migrationshintergrund geht trotzdem nicht ganz unter. Es überwiegt aber das positive Image des „Fremden“.

Die Südtiroler Medienanalyse zeigt in der Analyse der meistgelesenen Tageszeitungen Alto Adige und Dolomiten, dass in positiver Berichterstattung auf Verbindungen zu Südtirol verwiesen wird ("Sohn marokkanischer Eltern vertritt seine Südtiroler Heimat"). In Artikeln mit negativer Konnotation werden hingegen Unterschiede aufgezeigt ("der Marokkaner", "der Ausländer").

##### **Bilder:**

Welche Wirkung ein Bild hat, hängt vom Kontext ab, in dem es verwendet wird. Das Titelbild mit dem offenen Tor, durch das die Menschen strömen, erzeugt in Verbindung mit der "Gefahr", dass Deutschland von Migranten überrannt wird, Angst. Im Kontext des Mauerfalls wurden mit solchen Bildern durch die Medien ganz andere, positive, Emotionen erzeugt. Bilder werden auch dazu eingesetzt, Realitäten zu konstruieren. Am Tag nach dem 11. September 2001 wurden etwa Aufnahmen von feiernden Palästinensern gezeigt. Erst später wurde bekannt, dass es sich um Gäste einer Hochzeit handelte.

In den Südtiroler Printmedien werden Artikel zu Einwanderung und Integration häufig vom Bild einer Frau mit Kopftuch begleitet. Obwohl zwei Drittel der Ausländer in Südtirol Europäer sind, scheint die Frau mit Kopftuch geeigneter, Einwanderung darzustellen. Klischees werden weiter verwendet, ohne dass man sich bewusst ist, dass es sich um Klischees handelt. Wer ist dafür verantwortlich? Die Medien oder die Medienkonsumenten?

##### **Hintergründe:**

In der Berichterstattung werden Hintergründe häufig nicht erwähnt. So entstehen Vorurteile. Es ist deshalb wichtig, den Kontext aufzuzeigen. Nützlich wäre auch ein Perspektivenwechsel, d.h. eine Berichterstattung auch aus der Sicht der Personen über die berichtet wird. Wir reden viel über sie, kaum aber mit ihnen.

### **Mitsprache:**

Personen mit Migrationshintergrund kommen in den Medien selten zu Wort. Auch in diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Medien unterschiedliche Perspektiven aufzeigen und Menschen mit Migrationshintergrund zu Wort kommen lassen. Sonst finden sie sich in den Medien nicht wieder.

### **Mediennutzung**

Personen mit Migrationshintergrund sollten auch dazu angeregt werden, die Medien zu nutzen und zwar nicht nur, da sie dadurch die Deutschkenntnisse verbessern können, sondern auch weil die Medien die Themen, über die in der Gesellschaft diskutiert werden, mit festlegen. Ein Konsum österreichischer Medien ermöglicht also auch eine Teilnahme an gesellschaftlichen Diskursen.

### **Werbung**

Menschen mit "sichtbarem" Migrationshintergrund treten nur selten in der Werbung auf (z.B. exotische, schöne, fremde Frau).

## **3.2 MigrantInnen in der Kriminalberichterstattung**

**Text und Moderation: Dr. Gerhard Hetfleisch**



Am WS haben ca. 20 Personen teilgenommen, darunter mehrere Personen aus Trient, ein Journalist und drei Vertreter der Sicherheitsdirektion bzw. Polizeidirektion des Landes. Von Seite der Sicherheitsbehörden wurde klargestellt, dass aus den Presseaussendungen der Pressestelle die nationale Herkunft von Personen die tatverdächtig sind nicht erschlossen werden kann bzw. nur dann, wenn die Nationalität von Relevanz ist, etwa für die Aufenthaltsermittlung einer gesuchten Person. Auch der Wohnort der tatverdächtigen Person werde nicht genannt. Allerdings ließe sich nicht verhindern, dass JournalistInnen am Tatort, bei der Gemeinde, beim Postenkommandanten vor Ort,... recherchieren und entsprechende Ergebnisse dann veröffentlichen.

Beim intensiv diskutierten Fall der „Marokkaner-Szene“ werde als Herkunft „Nordafrika“ angegeben. Der anwesende Journalist betonte, dass es in mehr als 90% der Fälle zu Symbolbildern bei kriminellen Vorfällen in den Zeitungen kommt und nicht zu Bildern vom Tatort bzw. dem/der TäterIn. Von einigen der Anwesenden wurde das verquere Bild über MigrantInnen und Flüchtlinge kritisiert, das durch die beinahe ausschließlich negativ konnotierte Darstellung bzw. durch die Kriminalberichterstattung vermittelt wird, noch dazu, wenn berücksichtigt wird, dass die Pressestelle der Sicherheitsbehörden in Tirol mehr als 1000 Pressemeldungen produziert.

Diesem Output an fast ausschließlich negativer Berichterstattung können NGO nichts entgegen setzen, da die Ressourcen für eine gezielte positive Darstellung bei den NGO fehlen. Zudem ist eine positive Berichterstattung wenig attraktiv für Medien. Klargestellt wurde zudem, dass die statistische Darstellung des Anteils an ausländischen Tatverdächtigen durch ein Bündel an Faktoren verzerrt wird, wie etwa Verkehrsdelikte von TouristInnen, Taten von im Inland nicht niedergelassenen AusländerInnen und eine Reihe von Zusatzdelikten bei AusländerInnen, die es für InländerInnen gar nicht gibt (z.B. Verstoß gegen fremdenrechtliche Vorschriften). Dazu kommt, dass Zugewanderte jünger sind als der Bevölkerungsschnitt und auch überdurchschnittlich stark in der Gruppe der sozial Benachteiligten – beides Aspekte, die eine höhere Anfälligkeit für Kriminalität mit sich bringen.

Ein sensibler Umgang wurde von allen Anwesenden als wichtig erachtet.

### **3.3 JournalistInnen mit Migrationsgeschichten in den Standardmedien**

**Moderation: Mag.<sup>a</sup> Lisa Gensluckner**



*wird nachgetragen*

### **3.4 Richtlinien und ethische Standards**

**Text und Moderation: Sonja Prieth MA**

**Einige Punkte, die diskutiert und Positionen, die vertreten wurden:**

- Wenn ein Medium sich klar gegen Rassismus positioniert und „Vielfalt“ als selbstverständliches Grundprinzip vermittelt, wirkt sich das so aus, dass rassistische Kommentare seltener vorkommen.
- Beim Freien Radio unterzeichnen alle RadiomacherInnen eine Sendevereinbarung, in der sie sich verpflichten, die Richtlinien einzuhalten. Sollte doch einmal eine Sendung mit problematischem Inhalt vorkommen, wird darauf klar reagiert. Das Publikum meldet solche Vorfälle, ist also sensibel dafür.

- Es ist nicht damit getan, Menschen (LeserbriefschreiberInnen etc.) als „RassistInnen“ zu klassifizieren. Wir müssen uns fragen, was Menschen zu solchen Aussagen motiviert. Auch sollten wir nicht davon ausgehen, dass es „richtige“ und „falsche“ Positionen gibt.
- „Angst vor dem Fremden“ wird häufig als Freibrief für Rassismus verwendet. Dabei gerät aus dem Blick, dass Rassismus einen Nutzen hat, weil über Rassismus eine gesellschaftliche Hierarchie geschaffen wird.
- Das eigene Selbstwertgefühl spielt eine Rolle dafür, ob Begegnungen mit „Fremden“ positiv erlebt werden. Menschen fühlen sich dort daheim, wo sie wertgeschätzt werden. Es müssen daher soziale Bedingungen geschaffen werden, in denen Menschen sich geschätzt fühlen.
- Rassistische Äußerungen kommen meist von denen, die keinen Kontakt mit den Gruppen haben, über die sie sich äußern. Das Schaffen von Begegnungen ist daher wichtig. In Medien sollte Raum für die Positionen von MigrantInnen gegeben werden.
- Klarnamenpflicht und Registrierung in Online-Foren führen nach der Erfahrung eines Gesprächskreisteilnehmers dazu, dass rassistische Äußerungen kaum mehr vorkommen. Es gibt Gegenstimmen dazu, die sagen, dass Menschen, die überzeugt von ihrer Meinung sind, diese auch unter Klarnamen äußern.
- Diskutiert wird außerdem die Frage, ob bei Berichten über Kriminalität die Herkunft der „TäterInnen“ genannt werden soll. Sie generell bei allen Personen zu nennen („der Stubaier“ ebenso wie „der Nigerianer“) wird zum Teil als faire Gleichbehandlung gesehen. Andere GesprächskreisteilnehmerInnen weisen darauf hin, dass verschiedene Gruppen in der Gesellschaft verschiedene Positionen haben und daher eine derartige vermeintliche Gleichbehandlung de facto keine sein kann.

#### **In Kleingruppen wurden Forderungen an die Medien und an die Politik formuliert:**

- Redaktionen müssen mit ihren LeserInnen, HörerInnen etc. kommunizieren. Es genügt z. B. nicht, Postings mit rassistischem Inhalt zu löschen, sondern es muss begründet werden, warum sie gelöscht wurden. Medien müssen sich also klar positionieren und damit eine Linie vorgeben.
- Online-Foren müssen betreut werden. Dafür braucht es eine klare Strategie.
- MediennutzerInnen möchten informiert werden, wie viele LeserInnenbriefe etwa eine Zeitung zu einem bestimmten Thema bekommen hat und wie ausgewählt wird, welche veröffentlicht werden.
- Medien sollten ein Bewusstsein über die Macht der Sprache ausbilden.
- Medienförderung sollte nach Qualitätskriterien erfolgen.
- PolitikerInnen sollten sich einem Ehrenkodex verpflichten müssen, ähnlich wie JournalistInnen. Zumindest sollte diese Möglichkeit in den verschiedenen politischen Gremien und im Parlament diskutiert werden.

## 4. Die Carta di Roma

Übersetzung von Dr. Benedikt Saur

### Kodex für journalistisches Verhalten bei der Berichterstattung über AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und MigrantInnen

Einvernehmensprotokoll, 13. Juni 2008

Der Consiglio Nazionale dell'Ordine dei Giornalisti (die italienische Journalistenkammer) und die Federazione della Stampa Italiana (die italienische Journalistengewerkschaft) –

in Übereinstimmung mit Bedenken des UNO-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR über die Berichterstattung zu Flüchtlingen, AsylwerberInnen, Opfern von Menschenhandel und MigrantInnen,

mit Verweis auf die Pflichten von JournalistInnen, die in der italienischen „Carta dei Doveri del giornalista“ (die Charta über die Pflichten von JournalistInnen, 1993) festgehalten sind,

mit besonderem Augenmerk auf die fundamentale Verpflichtung, Personen und ihre Würde zu respektieren und niemanden aufgrund seiner Rasse, Religion, sexuellen Orientierung, des physischen und geistigen Befindens zu diskriminieren und in Kenntnis der diesbezüglichen nationalen und internationalen Normen,

die Bestimmungen zum Schutz von Minderjährigen, die in der UN-Kinderrechtskonvention grundgelegt wurden sowie die einschlägigen Bestimmungen in der Charta von Treviso 1990 und im ergänzenden Vademecum bekräftigend

und mit Verweis auf die grundlegende Verpflichtung zu wahrheitsgetreuer Berichterstattung (Art. 2 des italienischen Journalistengesetzes von 1963)

fordert die JournalistInnen auf,

bei der Berichterstattung über AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und MigrantInnen (unabhängig davon, ob sich diese auf dem Staatsgebiet der Italienischen Republik oder anderswo befinden)

insbesondere darauf zu achten,

- a) juristisch zutreffende Bezeichnungen zu verwenden und unsachgemäße Ausdrücke zu vermeiden, mit dem Ziel, den MediennutzerInnen bestmögliche sachgerechte, den Fakten entsprechende Information zu vermitteln;
- b) die Verbreitung ungenauer, oberflächlicher oder verzerrender Informationen über AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und MigrantInnen zu vermeiden. Die Journalistenkammer und die Gewerkschaft möchten alle KollegInnen und insbesondere die Verantwortlichen in den Redaktionen darauf aufmerksam machen, dass oberflächliche und unkorrekte Berichterstattung negative Folgen für Personen, die Gegenstand von Berichterstattung sind, haben kann und unbegründet Bedrohungsszenarien erzeugen kann auch aufgrund unpassender Assoziationen, und dies wiederum der Glaubwürdigkeit des Journalismus Schaden zufügen kann;
- c) AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und MigrantInnen, die sich entscheiden, mit JournalistInnen zu sprechen, zu schützen, indem sorgfältig mit der Identität der GesprächspartnerInnen und deren Abbildungen umgegangen wird, so dass deren Identifizierung dann nicht möglich ist, wenn das Risiko besteht, dass sie selbst oder ihre Angehörigen Repressalien von Behörden ihres Herkunftslandes, anderen staatlichen Behörden oder der organisierten Kriminalität ausgesetzt sein könnten. Zudem ist zu bedenken, dass Personen, die aus anderen

soziokulturellen Kontexten kommen, in denen der Stellenwert der Massenmedien womöglich ein geringerer und eingegrenzt ist, mit Dynamiken von Berichterstattung in Massenmedien weniger vertraut sein könnten und daher weniger gut in der Lage sind die Konsequenzen einzuschätzen, die mit öffentlichem Exponiertsein einhergehen könnten;

- d) wann immer möglich, ExpertInnen von einschlägig mit der Materie befassten Organisationen zu Rate zu ziehen, um der Öffentlichkeit Informationen in einem umfassenderen Rahmen präsentieren zu können und auch die Ursachen von Ereignissen zu beleuchten.

## **Verpflichtungen**

- 1) Die Journalistenkammer und die Journalistengewerkschaft sind entschlossen, gemeinsam mit den regionalen Kammernverbänden und Pressevereinigungen, Fragestellungen, die AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und MigrantInnen betreffen, in die Ausbildung von JournalistInnen, Lehrgänge und Seminare einfließen zu lassen. Kammer und Gewerkschaft treten zudem dafür ein, dass regelmäßig Untersuchungen über die Präsenz von AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und MigrantInnen in der Berichterstattung der Presse und elektronischen Medien vorgenommen werden.
- 2) Kammer und Gewerkschaft schlagen in Übereinstimmung mit dem UNHCR die Errichtung einer autonomen und unabhängigen Beobachtungsstelle vor, die in Kooperation mit Universitäts- und Forschungsinstituten sowie mit anderen fachkundigen öffentlichen und privaten Einrichtungen regelmäßig die Entwicklung der Berichterstattung über AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und MigrantInnen einem Monitoring unterzieht, mit dem Ziel:
  - a) qualitative und quantitative Analysen der Berichterstattung über AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und MigrantInnen für Forschungs- und Universitätsinstitute in Italien und Europa wie auch für Agenturen der Europäischen Union und des Europäischen Rates, die sich mit Diskriminierung, Xenophobie und Intoleranz befassen, zu erstellen
  - b) den regionalen Journalistenkammern, Verantwortlichen und Arbeitenden im Feld der Kommunikation und Information sowie den ExpertInnen Unterlagen über den Status quo und über Tendenzen bereit zu stellen.
- 3) Kammer und Gewerkschaft setzen sich für die Ausschreibung von Anerkennungspreisen für Berichterstattung über AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und MigrantInnen ein, in Anlehnung an positive Beispiele ähnlicher Initiativen in anderen Ländern.

Für das Erstellen dieses Dokuments wurden Anregungen eines wissenschaftlichen Beirates aufgenommen, in dem Vertreter der Ministerien für Inneres und soziale Solidarität, des Nationalen Instituts gegen rassistische Diskriminierung beim Amt des Ministerpräsidenten/ Abteilung für Gleichbehandlung sowie der Universitäten La Sapienza (Rom) und Roma III sowie italienische und ausländische JournalistInnen saßen.

Übersetzung a.d. Italienischem: Benedikt Sauer

Februar 2014

## 5. Kontaktdaten, Links und Downloads, Literatur:

### Kontaktdaten:

JUFF-Fachbereich Integration, Michael-Gaismair-Straße 1, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512 / 508-2858, Email: [juff.integration@tirol.gv.at](mailto:juff.integration@tirol.gv.at) Internet: [www.tirol.gv.at/integration](http://www.tirol.gv.at/integration)

Europaregion Tirol - Südtirol – Trentino, Drususallee 1 I-39100 Bozen Tel. +39 0471 402026 Fax +39 0471 405016 Email: [info@europaregion.info](mailto:info@europaregion.info) Internet: [www.europaregion.info](http://www.europaregion.info)

Stadt Innsbruck, MA III – Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration, Rathaus, Maria-Theresien-Straße 18, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512 5360 4105, Email: [post.stadtplanung@innsbruck.gv.at](mailto:post.stadtplanung@innsbruck.gv.at)

Haus der Begegnung, Rennweg 12, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512 587869, Email: [hdb.office@dibk.at](mailto:hdb.office@dibk.at), Internet: [www.hausderbegegnung.com](http://www.hausderbegegnung.com)

Initiative Minderheiten Tirol, Jahnstraße 17, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512-586783 oder 0650-3308666 Email: [im.tirol@minorities.at](mailto:im.tirol@minorities.at) Internet: <http://www.minorities.at/>

Autonome Provinz Bozen Südtirol – Provincia autonoma di Bolzano Alto Adige, Landhaus 1, Silvius-Magnago-Platz 1, 39100 Bozen, Tel.: +39 0471 41 22 10, Fax: +39 0471 41 22 20 Internet: <http://www.provinz.bz.it/lpa/>

Provincia Autonoma di Trento, Piazza Dante 15, 38122 Trento, Tel.: +39 0461 495111 Internet: <http://www.provincia.tn.it/>

ORF Landesstudio Tirol, Rennweg 14, 6020 Innsbruck, Internet: <http://tirol.orf.at>

Tiroler Tageszeitung, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck, Internet: [www.tt.com](http://www.tt.com)

Bezirksblätter, Eduard-Bodem-Gasse 6, 6020 Innsbruck, Internet: <http://www.meinbezirk.at/tirol/>

### Links und Downloads:

Integrationsglossar. Wer ist wer? Was ist was? Die wichtigsten Begriffe rund um Integration auf einen Blick: [http://medienservicestelle.at/migration\\_bewegt/wp-content/uploads/2012/10/INTEGRATIONSGLOSSAR.pdf](http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/wp-content/uploads/2012/10/INTEGRATIONSGLOSSAR.pdf)

Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch. Handreichung für Journalist\_innen: [http://www.oegg.de/index.php?de\\_ab-2008](http://www.oegg.de/index.php?de_ab-2008) bzw. [http://www.oegg.de/index.php?de\\_ab-2008&utm\\_source=Themen-Alert+Mediendienst+Integration&utm\\_campaign=981b165ade-September III 13 2013&utm\\_medium=email&utm\\_term=0\\_e43692422d-981b165ade-55225321](http://www.oegg.de/index.php?de_ab-2008&utm_source=Themen-Alert+Mediendienst+Integration&utm_campaign=981b165ade-September+III+13+2013&utm_medium=email&utm_term=0_e43692422d-981b165ade-55225321)

Checkliste der Vielfalt – für JournalistInnen. Blog von Karin Zauner: <http://karinzauner.wordpress.com/2012/11/16/fur-journalistinnen-checkliste-der-vielfalt/>

IOM-Bericht 2011: Migration und Kommunikation: <http://www.migration-info.de/artikel/2011-12-13/iom-bericht-2011-migration-und-kommunikation>

Infos zum Format „Zweite Heimat“ des niederösterreichischen Regionalfernsehsender P3 TV und des Reporters Rudolf Vajda, ausgezeichnet mit dem Journalistenpreis Integration 2013: <http://www.p3tv.at/webtv/4948-tag-der-offenen-moschee>

Kurzfilm zur Integrationsenquete und zu Integration im Allgemeinen der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit abrufbar unter: <https://vimeo.com/79774654>, <https://www.youtube.com/watch?v=j4K8TZZ5pBs> oder [www.tirol.gv.at/video](http://www.tirol.gv.at/video)

Freies Radio Innsbruck - FREIRAD 105.9 MHz: [www.freirad.at](http://www.freirad.at) - Audiodokumentation der Integrationsenquete:

Teil 1: <http://cba.fro.at/251353>: Begrüßung und Einführung

Teil 2: <http://cba.fro.at/251355>: Vortrag Jens Zimmermann und Regina Wamper

Teil 3: <http://cba.fro.at/251356>: Vorträge von Paul Vécsei, Simon Tonini und Enrico Paissan

Teil 4: <http://cba.fro.at/251360>: Vortrag Gualtiero Zambonini

Teil 5: <http://cba.fro.at/251361>: Podiumsdiskussion

## **Literatur:**

Klaus, Elisabeth/Drüeke, Ricarda (2011): More or less desirable citizens: Mediated spaces of identity and cultural citizenship. In: Global Media Journal, 1. Jg., H.2.

Klaus, Elisabeth/Drüeke, Ricarda/Kirchhoff, Susanne (2012): Mediale Identitätsräume: Bilder von verschleierte Frauen in der österreichischen Presse. In: Brandl, Ulrike/Hausbacher, Eva/Klaus, Elisabeth/Poole, Ralph/Schmutzhart, Ingrid (Hg.): Kann die Migrantin sprechen? Migration und Geschlechterverhältnisse. Wiesbaden: VS Verlag.

Nina Horaczek, Sebastian Wiese: Handbuch gegen Vorurteile. Von Auschwitzlüge bis Zuwanderungsunami, Wien 2011.

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.): Massenmedien, Migration und Integration. Wiesbaden: VS Verlag, 2. Auflage.

Rainer Geißler, Horst Pöttker (Hg.): Integration durch Massenmedien / Mass Media Integration. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Media and Migration: A Comparative Perspective. (Medienumbrüche, Bd. 17), Bielefeld 2006.

Rainer Geißler, Horst Pöttker (Hg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss - Forschungsstand - Bibliographie. (Medienumbrüche, Bd. 9), Bielefeld 2009.

Margreth Lünenborg, Katharina Fritsche, Annika Bach: Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption, Bielefeld 2011.

Siegfried Jäger, Dirk Halm (Hg.) 2007: Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis, Unrast Verlag: Münster.

Siegfried Jäger, Rolf van Raden (Hg.) 2011: Im Griff der Medien Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte, Unrast Verlag: Münster.

Siegfried Jäger, Margarete Jäger, Gabriele Cleve, Ina Ruth 2000: Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten, Eigenverlag: Duisburg.

Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster 2011.

Adibeli Nduka-Agwu, Antje Lann Hornscheidt (Hrsg.): Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen. Brandes & Apsel (Frankfurt) 2010.

Regina Wamper, Marc Jacobsen, Ekaterina Jadschenko (Hg.) 2011: "Das hat doch nichts mit uns zu tun!" Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien, Unrast Verlag: Münster

Margarete Jäger, Heiko Kauffmann (Hg.) 2012: Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis, Unrast Verlag: Münster

Margarete Jäger 2000: Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Eigenverlag: Duisburg

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hg.) 2000: SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien, Eigenverlag: Duisburg

Andrea Wolf: Neue Grenzen. Rassismus am Ende des 20. Jahrhunderts, Wien 1997

Elisabeth Beck-Gernsheim: Wir und die Anderen. Kopftuch, Zwangsheirat und andere Missverständnisse, Frankfurt a.M.

Susan Arndt, Antje Hornscheidt (Hg.): Afrika und die deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster 2009.

Karin Zauner: Zuwanderung - Herausforderung für Österreichs Medien